



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 6.2 der öffentlichen Sitzung am 15. September 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-40-0001

Schaffung einer Stelle eine* Beauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden für Menschen mit Behinderungen

- Antrag der Fraktion Die Linke und den Stadtverordneten Wardak und Wilhelmy vom 08.09.2021 -
- Beschluss des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 14.09.2021 (BP 0045)

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist in Deutschland seit 2009 in Kraft. Seitdem ist klar, dass es auch kommunale Aufgabe ist, die Rechte für Menschen mit Behinderungen um- bzw. durchzusetzen. Die Fraktionen ...setzen sich für volle selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden ein. Um dies im Sinne der Konvention zu gewährleisten, ist es unerlässlich, eine hauptamtliche Stelle in der Stadt zu implementieren mit einer Person, die Ansprechperson für Menschen mit Behinderungen ist.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat möge eine Vorlage erstellen mit dem Ziel der Einrichtung einer Stelle eine* Beauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden für Menschen mit Behinderungen.

Die Stelle soll mindestens folgende Aufgabe wahrnehmen:

- Ansprechpartner*in bei rechtlichen und sozialen Fragen zur Teilhabe
- Beratung und Begleitung zur Realisierung der Teilhabe
- Initiativen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ergreifen und fördern
- Unterstützung ehrenamtlicher Aktivitäten zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
- Erstellung und Fortentwicklung eines Maßnahmenplans, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Landeshauptstadt Wiesbaden umfassend voranzutreiben
- Enge Zusammenarbeit mit Behindertenverbänden und der Behindertenbeauftragten des Landes Hessen

Beschluss des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 14.09.2021 (BP 0045)

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie überwiesen.

Der, mit dem Ersetzungsantrag der Fraktion Die Linke (21-F-55-0036) inhaltlich identische, Überweisungsbeschluss wird ebenfalls abgelehnt.

(Hinweis: s. Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 15.09.2021 (BP 0073))

Wiesbaden, .09.2021

Rutten
Vorsitzender